Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 14 (1934-1935)

Heft: 11

Rubrik: Aus Zeit und Streit

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 23.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

bie Unzufriedenheit bei den Eingeborenen. Die arabischen Intellektuellen wollen für sich und ihre Bolksgenoffen die gleichen Bürgerrechte haben wie die Juden, die als frangofische Burger anerkannt sind. Die bisherigen Methoden, mit Silfe von Notabeln bie Maffen ber Gingeborenen zu banbigen, verfagen. Die Auswirfung ber freien Getreibepreise ift unübersehbar - mag auch bie Ungufriebenheit in ber Landbevölkerung bisher nicht so gefährlich sein, weil sie reiche Bauern, die auf ben Verkauf angewiesen sind, erfaßt und die Masse ber Rleinbauern von ihr noch nicht ergriffen zu sein scheint, die noch vom alten Mißtrauen gegen Reiche und Reaktionare befeelt find. Die Zugkraft ber Freimaurerei, die bas Rudgrat ber III. Republit bilbete, ift erschüttert. Sie ift völlig bekabent, es fehlt ihr jebe Große, aller über einen engen Begirt reichende politische Bille; fie wirkt nur noch als eine Intereffentengruppe alterer Berren, die ihre Boften und ihren Ruliffeneinflug nicht verlieren wollen. Aber noch fehlen auch bie neuen frischen Rrafte, bie an Stelle ber völlig verbrauchten älteren Politikergeneration treten und eine neue Orbnung Schaffen können. In biefer Zwischenzeit ist Flandin noch ber beste Typus, ein Mann bes Barlamentes zwar, aber boch feiner bestimmten Clique angehörend, ein Realift, wenn auch vielleicht mit etwas zu wenig Blick für massenpsichologische Momente. Bird es ihm gelingen, ben Busammenbruch eines Shitems aufzuhalten und bie notwendige innerpolitische Beruhigungspause für länger zu erzwingen, die es erlaubt, ben unvermeiblichen Staatsumbau, die Stärkung ber Regierungsautorität unter Beibehaltung traditioneller Freiheiten, burchzuführen? Dber werden außenpolitische Sturme von ber Innenpolitit in Frankreich ablenten? Nur die Beit tann biese Frage beantworten. Spectator.

PS. Noch ist es gut gegangen. Léon Blum muß weiter intriguieren, insegeheim vielleicht froh, daß es in dieser schwierigen Situation nicht zu einer Kabinettskrise gekommen ist, die leicht zu einer Regimekrise hätte werden können. Flandin hat ein imposantes Vertrauensvotum erhalten — mit 444 gegen 124 Stimmen —, aber damit ist nichts Wesentliches geändert. Denn wer weiß, wie lange eine der launischsten Diven, die Rammermajorität, gut gestimmt bleibt, d. h. fürchtet, daß Nervenkrisen ihr selber am gefährlichsten werden können? Das "vielleicht" schwebt weiter über dem Rabinette Flandins... Die Unruhe in der französischen Politik ist nur momentan zurückgedrängt; denn ihre Ursachen sind nicht wirklich beseitigt.

Aus Zeit und Streit

Karl Barth. / Eine Entgegnung.

Wir geben im Folgenden einer Einsendung Raum, welche durch den letten Aufsat von "Nemo" über Karl Barth (Januarheft 1935, S. 529/30) veranlaßt ist. Es stand zu erwarten, daß jener Aufsat angesichts der großen Berehrung, die der bedeutende Theologe genießt, nicht unerwidert bleiben werde. Ohne nun im Besonderen zu der Diskussion heute Stellung zu nehmen, möchten wir uns immerhin die Bemerkung nicht versagen, daß das Problem Barth heute keineswegs nur von theologischen bezw. kulturellen Gesichtspunkten zu betrachten ist, ihm vielmehr im letzten Grunde ein stark politischen zu betrachten ist, ihm vielmehr im letzten Grunde ein stark politischen "Politiker" ist, der Anlaß zu einer grundsählichen Auseinanderssehung über Probleme von Kirche und Staatspolitik werden muß.

Schriftleitung.

Wir durfen wohl annehmen, daß mit uns mancher Lefer zunächst Mühe hatte, ben Zwed bes erwähnten "Karl Barth" überschriebenen Artikels herauszufinden.

Es hätte doch wohl näher gelegen, daß sich der Berfasser vorgenommen hätte, unter ber Aberschrift "Karl Barth" den Leser irgendwie auf die theologischen Anliegen Karl Barths und sein Werk hinzuweisen. Gilt doch Karl Barth in evangelischen Landen als mit einer der bedeutendsten Theologen der Gegenwart. Statt dessen bekennt uns der Verfasser, daß er "nun zwar nicht viel von Herrn Barths Theoslogie weiß". Schade! Wie sein, wenn uns in den "Monatsheften" nicht unter dem Gesichtspunkt der "Politischen Rundschau", sondern vielmehr dem Gesichtspunkt der Christenheit, des Evangeliums und damit nicht zuletzt auch der Kultur über die Ansliegen und die Bedeutung von Karl Barth berichtet worden wäre. Karl Barth ist zweisellos kein Politiser. Es ist daher versehlt, seinen Kamen schlechthin über einen Artikel politischer Kundschau zu setzen.

Um sich mit Karl Barth oder ir gend einer Persönlichkeit ausein= ander zu feten, mare boch unerläglich, fich mit feinem Bert, im speziellen Falle also seiner Theologie und theologischen Lehrtätigkeit auf bas intensibste vertraut gemacht zu haben. Nur so kann man ihm gerecht werben. Sehr geeignet waren hiezu zum Beispiel die in einer Schriftenreihe unter bem Titel "Theologische Erifteng heute" (Chriftian Raifer Berlag, München, bis heute herausgekommen Soft 1 bis 18) erschienenen Auffate gewesen, von denen der Großteil von Karl Barth felber ober bon feinen Gesinnungsgenoffen, worunter fein Mitherausgeber Chuard Thurnensen, geschrieben find. Statt bessen begnügt sich ber Berfasser bamit, auf die von Karl Barth in seiner Theologie hingewiesene Bedeutung der Erbjünde einerseits und der göttlichen Gnade anderseits hinzuweisen, wobei es sich in Wirklichkeit gar nicht etwa um eine Lehre Barths, sondern um elementare Grundsätze des neuen Testaments handelt, wie sie schon in den Anfängen der Reformation im Mittelpunkt ber Religionsgespräche standen (vgl. etwa Ranke, Deutsche Geschichte im Zeitalter ber Reformation, Phaibon Berlag, neuste Ausgabe, S. 847/48, wo über die Religionsgespräche zu Regensburg berichtet wird).

Es wird dann im Zusammenhang mit Barths ursprünglicher Verweigerung der vorbehaltsosen Leistung des Beamteneids gegenüber seiner deutschen Behörde die Meinung bekundet, es sei eine Selbstverständlichkeit, daß das göttliche Gebot aller staatlichen Bindung vorgehe und dies zu bekennen, sei nicht frei von Wichtigetuerei. Gerade dieses Urteil ist ungerecht. Daß dies zu bekennen z. B. gerade in der Schweiz sehr notwendig sein kann, und es um diese Selbstverständlichkeit doch nicht so klar bestellt ist, wurde in den "Schweizer Monatshesten" vor ein paar Jahren in geradezu vordischicher Klarheit und Objektivität nachgewiesen, und zwar in dem Aussatz von Eduard Blocher in Heft 5/6, 10. Jahrgang, August/September 1930, wo auf S. 238 bis 245 unter der Aberschrift: Wehrwille und Wehrfähigkeit "Besmerkungen zum religiös begründeten Antimilitarismus" ausgeführt werden. Wir denken insbesondere an solgende Sähe, wo im Zusammenhang mit der Frage der Beurteilung unserer Beweggründe bemerkt wird:

"Bon dem, was ein an das Sittengesetz gebundenes Bewußtsein ist, scheinen unsere Zeitungsschreiber keine Ahnung zu haben. Selten begegnet man einer gerechten, d. h. auf die Gründe der Ariegsgegner eintretenden Widerslegung; diese müssen dabei in der Überzeugung bestärkt werden, daß sie die Bertreter des christlichen Gewissens seien und mitten in einer gottseindlichen Welt als die eigentlichen, wenn nicht gar einzigen Vorkämpser des heiligen Willens Gottes auf ihrem Posten stehen. Das hat freilich seinen Grund darin, daß allerdings unsere Zeitungen betrüblicherweise mit nicht sehr zahlreichen Ausnahmen von Leuten geschrieben werden, die in der Welt des Glaubens Fremdlinge sind. Und das ist mit ein Grund, weshalb es unsereinem schwer wird, in diesen Fragen das Wort zu ergreisen: wir möchten nicht als Kampsegenossen von Leuten auftreten, die für Forderungen der christlichen Sittenlehre nichts übrig haben. Die christliche Lehre prüst und mißt mit ewigen Maße

stäben, auch unsern Rechtsstaat, unsere Versassung, unsern Patriotismus. Die Auffassung, daß wir Pfarrer dazu angestellt seien, dem Staat eine Stütze zu sein (auf dem Thron oder der Demokratie), ist unrichtig auch da, wo der Staat dem Pfarrer das Gehalt auszahlt, denn er ist hier nur Verwalter eines Kirchenguts, das er in Verwahrung genommen hat und dessen Zinsen er der Kircheschuldet. Wir haben unsern Auftrag von Gott, nicht vom Staat, und haben Christen zu erziehen, nicht staatsfromme Bürger."

Wir zitieren diesen geradezu vorbilblichen Aussatz Pfarrer Blochers nicht etwa seines speziellen Gegenstandes wegen, der mit Karl Barth nichts zu tun hat — Karl Barth ist vielmehr aus innerster überzeugung Anhänger der schweizerischen Landes-verteidigung —, sondern um zu beweisen, wie nötig es einem eben so beglaubigten Theologen als Patrioten wie Pfarrer Blocher erschien, darüber seinen Mitbürgern den Star zu stechen, daß der Normalbürger von einem an das Sittengesetz gebundenen Bewußtsein keine Ahnung hat, ein solches also durchaus nicht selbstverständslich ist, und daß auch der patriotische Pfarrer und Theologe, selbst wenn er vom Staat besoldet wird, in Gottes Namen in seinem Beruse nicht dazu da ist, dem Staat eine Stütze zu sein, und daß schließlich die christliche Lehre mit ewigen Maßzstäden auch unsern Rechtsstaat, unsere Verfassung, unsern Patriotismus zu prüfen hat.

Man vergleiche mit diesen Bemerkungen etwa folgende Stellen eines Aufstates von Hermann Raschke über "Meister Eckehart der Deutsche", erschienen in den "Nationalsozialistischen Monatsheften", zentrale, politische und kulturelle Zeitsschrift der N. S. D. A. P., München, Verlag Frz. Eher Nachf. G. m. H., Heft 47, Februar 1934, S. 129 u. ff.:

S. 130: "Wenn auch, was felbstverftändlich ift, jedes Bolt feinen besonberen Charatter, auch in feinem Glaubensleben zum Ausbruck bringt, fo braucht boch nicht jedes Bolk als geschichtliche Einheit so in Anspruch genommen zu sein, daß es auch als solche sich vor die Glaubensfrage gestellt fühlt, also eine Antwort braucht auf die Frage nach dem Wozu, nach dem absoluten Bert seines geschichtlichen Bestehens. Nicht nur ber Mensch, nicht nur ben beutsche Mensch als einzelner, das beutsche Besen selbst, das Deutsche überhaupt ist in Frage gestellt, und barauf kann nur eine Antwort aus den Besens= tiefen eben bes Deutschen als einer besonderen Besensgestalt und Befensform erfolgen. Darum hängt die Glaubensfrage unlösbar mit der Daseinsfrage unseres Boltes zusammen. Das Politische ist hier zugleich ein Metapolitisch es, bas Physische ber geschichtlichen Cbene ift hier auch ein Metaphhsisches bes übergeschichtlichen, bes überzeitlichen, ja bes Ewigen selbst. Es ist ein kindlicher Frrtum, zu mähnen, daß hier mit einigen kleinen Mittelden geholfen fei, mit ein wenig mehr ober weniger Rirche ober Befenntnis ober Bibel ober ftrengem ober freiem Glauben. Die uns gestellte Frage ift völlig neu und einzig. Gin Bolt als Bolt foll Antwort geben auf die Frage um Sein ober Nichtsein im letten Sinne. . . Die in ber beutichen Glaubensgeschichte Reger und Zweifler Genannten waren oft zugleich die Gestalter ber beutschen Seele auf ben Tag bes Schicksals, ben Tag ber bewußt merbenben beutschen Glaubensfrage und deutschen Glaubensantwort. Und es geht ums Ganze! Wir können nicht wieder uns zufrieden geben mit einer etwa nur ben evangelischen Boltsteil befriedigenden Lojung. Sie muß fo tief bringen und fo weit um sich greifen, daß die ernften Sucher aus allen beutschen Glaubenslagern aus freier Geele gustimmen tonnen. Sier barf nicht lutherifch und reformiert, nicht römisch und beutsch gläubig für sich gelten, sondern die große Glaubensversöhnung allein tann bie Rettung bringen. Und es muß gelingen, weil es sich um Sein ober Nichtsein handelt. Das aber ist wiederum nur moglich, wenn es uns glückt, einen Standort zu gewinnen, der nicht ausweichend, neutral, nichtssagend zwischen den gegenwärtigen Lagern liegt, sondern der diese alle überhöht und sie organisch versöhnend als die nen de Beiträge in sich aufnimmt. Die zerstreut herumliegenden Ansätze im Raum des gegenwärtigen deutschen Glaubenslebens müssen zu einem Gliedbau mit höherer Zielsetzung zusammengefügt werden, so daß alle unbewußt drängenden Glaubensbedürfnisse der deutschen Seele zur Befriedigung kommen..."

Welch himmelweiter Unterschied zwischen ber in den "Schweizer Monatsheften" erschienenen Auffassung Pfarrer Blochers, wo bei allem Berständnis für die Belange des Staates dem völlig unabhängigen Maßstad des Christen und speziell des Pfarrers und Theologen das Wort geredet wird, gegenüber der Auffassung in den "Nationalsozialistischen Monatsheften", wo die Frage der Politik mit derzenigen des Glausbens und die Belange der Politik geradezu mit dem Ewigen identifiziert werden, wo die Lager der Gläubigen geradezu als Diener eines politisch diktierten Glaubensstandorts postuliert werden. Angesichts solcher Gegensähe in der Auffassung von den Belangen des Staates und des christlichen Glaubens kann doch im Ernst von einer Selbstverständlichkeit des Vorbehalts, daß das göttliche Gebot aller staatslichen Bindung vorgehe, nicht gesprochen werden.

Der anonhme Einsender wirft Barth vor, in seinem Verhalten liege ein Verhandeln von Macht zu Macht, er hätte es auf den einzelnen Fall ankommen lassen sollen, eine solche Haltung könne sich keine Berwaltung bieten lassen. Es liegt uns fern, und in innere beutsche Berwaltungsmaßnahmen und Auffassungen einzumifchen. Bir tennen bie Atten bes ermähnten Berwaltungsenticheibes nicht, ebenfo wenig wie Nemo. Worum es uns geht, ift nicht etwa eine Rritit ber beutschen Berwaltung, sondern wir wenden uns bagegen, daß in biesem Busammenhang in ben "Schweizer Monatsheften" gegen unsern Schweizer Landsmann Karl Barth in allgemeinen unverbindlichen Wendungen Stimmung gemacht wird. Was uns zugänglich ift, sind die Schriften und Werke Barths. Wer auch nur einen Blick in eine solche wirft, muß merken, daß Karl Barth jegliche Wichtigtuerei fern liegt, bağ es ihm nicht barum zu tun ift, für sich zu sprechen, sondern daß er hiezu innerlich gezwungen ift, für Chriftus Betenntnis und Zeugnis abzulegen. Jedem unbefangenen Leser wird dann klar, daß Barth nicht als Beamter, sondern als Theologe und Christ den ihm zugeschobenen Beamteneid ursprünglich nur unter einer Ginschränkung leiften wollte. Allerdings hielten ichon im Altertum die Bolitiker und Beamten diese Art von Bekenntnis und Zeugnis für wichtigtuerisch ober albern. Will ber Verfasser bes anonymen Artifels in biesem Sinne Stellung nehmen, so moge er sich offen gegen bas Chriftentum und fein Bekenntnis wenden, aber nicht bie Persönlichkeit Karl Barth in ein schiefes Licht stellen. Sicher falsch ist bie Bermutung Nemos, Barth habe die beutsche Regierung vor ein Bekenntnis stellen wollen, nein Barth war bagu getrieben, in ber Form feines Borbehalts Bekenntnis abzulegen.

Um nun eine Anknüpfung gegen Barth zu konstruieren, wird erwähnt, daß Barth einmal Mitglied der sozialbemokratischen Partei gewesen sei, was kein Professor in der Schweiz wagen dürste: "der könnte etwas erleben in der bürgerlichkapitalistischen Presse". Bei diesem Sate erhebt sich Nemo geradezu zum Beschützer schweizerischer Sozialisten, denen wegen ihrer sozialistischen Parteizugeshörigkeit ein Amt versagt worden wäre, als ob in der Schweiz nicht je und je Sozialisten in Lehramt, Schule und Gericht Eingang gefunden hätten, und zwar mitsunter ganz erstklassige Leute, nicht weil sie Sozialisten waren, sondern weil sie für das Amt individuell geeignet waren. Aber wie dem auch sei, jedenfalls hat die einstige Mitgliedschaft Karl Barths bei der sozialdemokratischen Partei mit seinem evangelischen Bekenntnis nichts zu tun. In Heft 12 der zitierten Schriftenreihe "Theologische Existenz", S. 20/21, nimmt Barth in einem a.a. D. abgedruckten

Bortrag zu dem Berhältnis der Kirche, zur Not des Menschenlebens Stellung und erwähnt in diesem Zusammenhang:

"Ich bin ehemals religiöser Sozialist gewesen. Und ich bin davon absgekommen, weil ich zu sehen glaubte, daß da die Not des Menschen und die Hilfe für ihn nicht so ernst und nicht so tief verstanden werden, wie sie die hl. Schrift versteht..."

Allein bieser Sat genügt, um zu zeigen, daß Barth nie ein marxistischer Sozialist war. Mit Ragaz hatte er nie etwas zu tun. Es gibt eben auch andere Entwicklungen und geistige Strukturen, die weniger primitiv und schematisch sind, als dies Nemo voraussett. Bei der Denkweise Nemos müßte z. B. auch Mussolini als der widerspruchvollste Mensch gelten, weil er als Sohn sozialistischer Eltern und selbst einstiger Sozialist heute als nationales Borbild eine Großmacht führt.

Wenn Karl Barth wegen seiner einstigen Mitgliedschaft bei der sozialdemos kratischen Partei seines Amtes in Deutschland enthoden sein sollte — wir wissen es ja nicht —, so ist dies eine innerdeutsche Angelegenheit. Aber es ist in unsern Augen ein Unrecht, wenn in diesem Zusammenhang in einer schweizerischen Zeitschrift unter der Aberschrift, Karl Barth" gegen diesen Angriffe, die übrigens jeglicher sachlichen

Begründung entbehren, erhoben werden.

Am Schlusse seines Artikels schreibt dann Nemo von "unseren politischen Spaßvögeln" und meint damit einen Teil unserer politischen Presse, die den deutschen Kirchenkonslikt, mit welchem ja für jeden Unbefangenen der deutsche Fall Barth im engsten Zusammenhang steht, mit ihrer antinationalsozialistischen Gessinnung in Berbindung bringt, und jene vielen religiöß Indisserenten, die sich nun plöglich scheindar um die Kirche interessieren, während es ihnen ja in Wirklichkeit gar nicht darum zu tun ist, sondern um die Auslösung ihrer Haßgefühle gegen das Oritte Reich. Aber gerade mit solchen Leuten hat Barth nicht das geringste zu tun. Benn sich der Berfasser gegen solche wendet, dann gut. Aber zu diesem Zwecke die Persönlichkeit Karl Barth zur Diskussion zu stellen, bedeutet für uns, die wir Karl Barth, wenn auch nur als vollkommener theologischer Laie, mit größtem innern Gewinn aus seinen Schriften kennen lernen dursten, eine unritterliche Verunglimpfung eines großen Schweizers und bedeutenden Theologen.

Conrad Belger.

Die Beeinflussung unserer Presse.

Rorrefpondengburos und Preffebienfte.

Zahllos sind die Bersuche des Auslandes, auf unsere Zeitungen Einfluß zu gewinnen durch die Zustellung von mehr oder weniger stark gefärdten Nachrichten und Artikeln in der Form von Pressediensten. Wir erleben heute wieder einen groß angelegten Kampf des Auslandes um die öffentliche Meinung der Schweiz, wie er ungefähr von der Art während des Krieges schon einmal geherrscht haben muß. Auch das ist ein Symptom für die hochgespannten Gegensähe in Europa, diese Beeinflussungsversuche der Neutralen. Wer in einer Redaktion sitzt, kann ein Lied erzählen von der ungeheuren Papierflut, die tagtäglich zu bewältigen ist, nur schon an einer kleinen Tageszeitung. Es soll hier nicht die Rede sein von all dem schweiszerischen Papier, das neben den Depeschen der Agenturen einherläuft, sondern nur vom ausländischen Papier verschiedenster Färbung, das zum Teil noch kostenlos und unverlangt zugestellt wird.

Man kann diese verschiedenen Pressedienste einteilen in offene und versteckte. Bu den offenen seinen jene gezählt, die schon im Namen offen zeigen, wes Geistes Kind sie sind. Man weiß, was man vor sich hat und wie das Material gegebenen Falles einzuschäßen ist. Zu diesen offenen Pressediensten gehört zum Beispiel der "Dienst aus Deutschlanden und

Stimmen aus dem Reich" vermittelt. Mit gezeichneten und ungezeichneten politischen Artikeln berichtet er über deutsche innen- und außenpolitische Angelegenheiten, und mit Feuilleton-Artikeln dient er deutscher Kulturpropaganda. Seine einzelnen umssangreichen und interessanten Lieferungen erscheinen nun im zweiten Jahrgang dreismal in der Woche.

Aber ungarischen Bölkerbundsjournalisten in Genf herausgegeben wird. Im Borbergrund stehen Mitteilungen über die Revisionsbewegung in Ungarn und über
bas Los der ungarischen Minderheiten in den übrigen Nachfolgestaaten der Donaumonarchie. Dieser ungarische Pressedienst vermittelt selbst Bücher und Broschüren
an die Redaktionen. Dem gleichen Zwecke dienen zwei Zeitungen, "Nouvelles Danubiennes" und "Donaukurier", beides Ausgaben des "Pesti Hirlap" in Budapest,
die zu Propagandazwecken an die Zeitungen geschickt werden.

Die macedonische Freiheitsbewegung propagiert ihre Jbeen ebenfalls durch die Zustellung einer Zeitung "La Macédoine", die zum Teil auch Artikel in deutscher Sprache enthält, und für "La Macédoine aux Macédoniens" kämpft.

Bu den offenen Pressediensten ist noch die Paneuropa-Union, der vom Zentrals be nz zu zählen, der offizielse Pressedienst der Paneuropa-Union, der vom Zentrals büro in der Wiener Hofburg herausgegeben wird und die Ideen R. N. Coudenhove-Ralergis vertritt. Daneben gibt auch die Sektion Schweiz der Paneuropa-Union in Zürich einen eigenen Pressedienst heraus.

Der Bekämpfung des Bolschewismus dient das Bulletin Politique E. J. A., herausgegeben von der Entente Internationale contre la IIIe Internationale in Genf.

In Lausanne erscheint eine Correspondance Nordique, auch in beutscher Sprache, "die den Zeitungen von Westeuropa Informationen über das Leben der nordischen Länder und über ihre Stellung zu den großen internationalen Fragen übermitteln" wist. Hervorragende Persönlichkeiten Dänemarks, Estlands, Finnlands, Norwegens und Schwedens stehen dem Unternehmen zu Gevatter.

Bu den versteckten Pressediensten möchte ich jene zählen, die irgend einen harmlosen Namen tragen, dabei aber ganz bestimmte Tendenzen versolgen, die oft leicht
ersichtlich sind, oft aber nur schwer entdeckt werden können. Zu ihnen gehört der
F. B. Pressedienst, Mitteleuropäische Korrespondenz, des Schweizer Journalisten Franz Burri, der dis Mitte letten Jahres in Wien ansässig war und von
dort über Osterreich, die Ost- und Balkanstaaten berichtete. Burri nahm gegenüber der Diktatur Dollsuß eine oppositionelle Stellung ein und wurde dann ausgewiesen. Jett gibt er in Luzern den JPU.-Pressedien, die Fascissierung
Siterreichs und die wachsende Einflußnahme Jtaliens bekämpst. Burri scheint
über die tatsächlichen Verhältnisse in Osterreich gut orientiert zu sein. Vor Weihnachten wußte er beispielsweise Einzelheiten über ein geheimes Militärabkommen
zwischen Osterreich und Italien zu berichten.

Weniger durchsichtig sind die Tendenzen der Mitteleuropäische Rorrespondenz (Mito), die ebenfalls in Wien erschien und Nachrichten aus allen Donaustaaten und Balkanstaaten mitteilte.

In Straßburg wird eine "Europäische Presse Rorrespondenz" herausgegeben, die regelmäßig in deutscher Sprache erscheint und in einer eigenen Druckerei hergestellt wird. Trot des harmlosen europäischen Namens ist diese Korrespondenz sehr einseitig, versicht einzig die Interessen Frankreichs und treibt französische Kulturpropaganda. Nach der Saarabstimmung behauptete diese Korrespondenz, Frankreich hätte während 14 Jahren in der Saar eine fast völlige Insbisserenz an den Tag gelegt! Als seinerzeit in Saarbrücken das Haus der Landess leitung der Deutschen Front polizeilich durchsucht und einige Dokumente beschlagnahmt wurden, da war die Europäische Presse-Korrespondenz bald in der Lage, jenes Schreiben zu veröffentlichen, in dem von der Ausbildung der Saarländer für den "Saarkamps" in den deutschen Arbeitsdienst die Rede war, wobei man unter Saarkamps selbstverständlich einen bewaffneten Kamps verstehen wollte. Die Publikation dieses polizeilich beschlagnahmten Dokumentes läßt vermuten, die Europäische Presse-Korrespondenz stehe in Beziehung mit der offiziellen Propaganda des Quai d'Orsah, die ihrerseits von der Regierungskommission den Inhalt des Dokumentes ersahren haben dürfte.

Sehr vielseitig ist die ATP., A gence télégraphique de la Presse, die in Paris täglich erscheint in einer französischen, einer deutschen und einer engslischen Ausgabe, aber auch noch in zwanzig anderen Sprachen geliesert werden kann. Sie preist sich an als "französisches Unternehmen, das von allen politischen und wirtschaftlichen Einflüssen unabhängig ist", und also eine Art weißer Rabe unter den französischen Presseunternehmungen darstellen würde, — wenn das stimmt. Ansfangs Dezember brachte die ATP. u. a. einen Artifel "Aussische französisches Milistärbündnis?", ein Interview mit dem Abgeordneten Léon Archimbaud, dem Bizes Präsidenten des parlamentarischen Finanzausschusses und Berichterstatter für den Heeressestat.

Einem ebenfalls in Paris täglich erscheinenden Pressedienst Mitropreß, ber auch in deutscher Sprache herausgegeben wird, scheinen linksradikale Tendenzen innezuwohnen, schrieb doch einmal der Herausgeber in einem Artikel über den französischen Fascismus von einer "demagogischen Diktatur des Generalstabes, der Großfinanz und der Schwerindustrie". Wie die vorher erwähnte ATP., hat auch MTP. neben politischen Artikeln sehr viele unpolitische Nachrichten und Feuilletons, offenbar deshalb, damit mit dem einen auch das andere leichter Eingang sinde in den Zeitungen.

Französische Interessen versechten auch gi, genève informations, die zweimal im Monat in Genf erscheinen und auch Photographien liefern, aber nicht einmal einen zeichnenden Herausgeber nennen.

Ebenfalls auf dem für solche Zwecke idealen Genfer Gelände erscheint neuestens Fischer's Presse Dienst — F-P-D —, der "einen wöchentlichen Querschnitt durch die Tätigkeit des Bölkerbundes und des internationalen Arbeitsamtes" bieten, "die Arbeiten ber beiden internationalen Institutionen lückenlos analysieren und im Beifte der demokratischen Aberlieferungen unseres Landes kommentieren" will. Bezeichnend für diesen "demokratischen" Pressedienst aus der Genfer Perspektive ist beispielsweise ein Artikel über die "Oftsaar", das Memelproblem. Die wahren Orgien des Naziterrors im Memelgebiet werden hervorgehoben, mährend die fortwährenden Berletzungen bes Memelstatuts abgetan werden mit der bagatellifierenben Bemerkung: "Das Statut bes Memelgebietes mußte fich einige Berletzungen gefallen laffen, um einen handstreich ber Braunbemben zu verunmöglichen", und mit der Beurteilung dieser Berletjungen als unvermeibliche Magnahmen. Selbst ein Artikel über das Saarproblem, das nun in den letten Monaten wahrlich gründlich genug behandelt worden ift, weift sachliche Unrichtigkeiten auf, die bezeichnend sind für die Qualität von F-P-D. Auch bei diesem schweizerisch sein wollenden Pressedienst leibet die Objektivität unter ber vorherrschenden antinationalsozialistis ichen Ginstellung.

Eine in Basel von Hermann Aeppli und Erwin Groß herausgegebene Europa-Korrespondenz "Continentalpreß" ist ein ausgesprochen antisascistisches Unternehmen vorwiegend gegen den Nationalsozialismus gerichtet. Zu den Witarbeitern gehört u. a. der bekannte deutsche Pazisisk Hellmuth von Gerlach.

Die hier erfolgte Aufzählung ist bei weitem nicht erschöpfend. Es gibt das neben noch verschiedene unpolitische Pressedienste, wohl auch noch weitere politische,

bie mir entgangen find. Aber ichon aus ber obigen Aufgahlung burfte gur Benuge ersichtlich sein, wie sehr man von allen Seiten versucht, auf unsere schweizerische Preffe Ginfluß zu nehmen. Bon bem vielen Material bleibt immer bas eine ober andere hängen, und mit dem Feuilleton ober ber Rurggeschichte rutichen ab und zu wohl auch ein politischer Artikel ober eine Information politischer Natur in eine Beitung hinein, ohne daß sich die Redaktion recht bewußt gewesen wäre, aus welcher Rüche das Material stammt. Am gefährlichsten sind in dieser Hinsicht die verdeckten Bressedienste, bei denen man oft nur durch gründliche Durchsicht bes ganzen Dienstes ber verstedten Tendeng auf die Spur kommt. Aber nicht minder gefährlich als biese privaten Unternehmungen, von benen man in ben feltenften Fällen weiß, wer bahinter steht und wer das Geld dazu gibt, sind die offiziellen ausländischen Nachrichtenagenturen. Bon ben amtlichen Nachrichtenstellen Deutschlands und Ofterreichs weiß man, daß sie nur im Regierungssinne schreiben und bewahrt ihnen gegenüber deshalb eine gewisse Reserve. Für die Savas-Meldungen glaubt man, auf folche Referve verzichten zu können, und muß bann plöglich entbeden, bag gerabe wieder in ber Saarfrage oft haarstraubenbe "Savas"-Melbungen erschienen.

Havas.

Mit der Bezeichnung "Havas" bedachten unsere Grenzbesetungssoldaten Gerüchte zweiselhafter Art, unglaubwürdige Nachrichten und Falschmeldungen. "Dasisch e-n-andere Havas gsi, daß mer im Dezember hei chömid," hieß es im Bataillon 98, und "Bringsch wieder en Havas!" — "Berzapf de Havas!" hörte man im Bataillon 69. Im Bataillon 64 bezeichnete man mit "Havas" einen Füsilier, der immer unglaubwürdige Nachrichten brachte. Der Spihname wird auch von Studenten- und Mittelschulverbindungen als Cerevis verliehen für Mitglieder, die gerne den Mund voll nehmen und überall übertreiben, sodaß man bei all ihren Aussagen die Hälfte abstreichen muß. Im Bataillon 25 sagte man solchen Leuten "Havasbrueder", und besonders geläusig unter unsern Grenzbesetungssoldaten waren Ausdrücke wie "Havasschnauze, Havasschnurre, Havasgosche").

Es wäre eine bankbare Aufgabe, an Hand ber Kriegsnachrichten ber französischen Nachrichtenagentur "Havas" ben Ursprung solcher Rebensarten aufzubeden und nachzuweisen, inwiesern das allgemeine Mißtrauen in Havas-Nachrichten während des Weltkrieges begründet lag. Wahrscheinlich haben auch andere Nachrichtenagenturen nicht ausschließlich hundertprozentige Nachrichten verbreitet, aber die Unwahrscheinlichkeit und Unglaubwürdigkeit der Havasnachrichten muß doch bedeutend größer gewesen sein, als die anderer Agenturen. Man kann das leicht verstehen, wenn man heute den Havasnachrichten ein wenig auf den Jahn fühlt und sie vergleicht mit den Nachrichten anderer Agenturen. Ich greise im Folgenden nur drei Beispiele aus jüngster Zeit willkürlich heraus.

- I. Das erste Beispiel betrifft ben Saarbrückener Polizeiputsch vom 15. Januar bieses Jahres:
 - a) Habas (Schweizerische Depeschenagentur). Berlin (!), 15. Januar.

Die Agentur havas gibt folgende Darftellung über ben Zwischenfall, ber sich am Dienstagmorgen in ber städtischen Polizei von Saarbruden zugetragen hatte:

"Ein saarländischer Polizeioffizier nationalsozialistischer Richtung hatte auf eigene Faust mehrere Polizeibeamte, die er verdächtigte, der Einheitssront anzugehören, entwaffnen lassen, worauf ein Teil der Truppe die Kaserne verließ. Der Zwischenfall konnte von der Direktion der Polizei jedoch rasch beigelegt werden, ohne daß die Zwisbehörden einschreiten mußten.

1) Dr. Hanns Bächtold-Stäubli, Die schweizerische Solbatensprache 1914—1918. Basel 1922.

Einige Subalternbeamte sollen sich gegenwärtig in haft befinden. Die Behauptungen einer gewissen Presse, es hätte sich um einen Putschversuch gehandelt, seien aber vollständig ungerechtfertigt."

b) Havas (Schweizerische Depeschenagentur). Saarbrücken, 15. Januar.

"Im Laufe der Nacht ereignete sich in einer Kaserne der Stadtpolizei ein Zwischenfall zwischen Leuten für den Status quo und andern als Anshängern der Deutschen Front. Durch sofortiges Einschreiten der Behörden wurde der Streitfall unverzüglich beigelegt, der keine weiteren Folgen hat. So verhält es sich mit diesem Zwischenfall trot der übertriebenen Gerüchte, die auf der Wartburg und im Ausland verbreitet wurden."

c) Deutsches Nachrichtenburo (Schweizerische Depeschenagentur), 15. Januar.

"Im Laufe des Montagabend wurde der saarländischen Polizeibehörde bekannt, daß ein von Machts angeworbenes Sonderkommando von 120 Mann, das in der Ulanenkaserne untergebracht ist, einen Putsch plane. Führer des Putsches war der Hauptwachmeister Grumbach und zwei weitere emigrierte Polizeibeamte, die flüchteten, als die Behörde in der Kaserne eingriff. Die Wassen des Sonderkommandos wurden sichergestellt, die Beamten vernommen. Wie verlautet, hatte das separatistische Polizeikommando die Absicht, im Laufe der Nacht die Macht an sich zu reißen. Im Zusammenhang mit diesem Vorsfall steht ein Aufruf der Einheitsfront vom Montag-Vormittag, in welchem zur Bildung eines sog. Ordnerdienstes der Einheitsfront ausgesordert wurde."

b) Schweizerischer Preftelegraph. Saarbruden, 15. Januar.

"Mährend die Bevölkerung ... schläft ..., ereignete sich am Montag von elf Uhr abends an in diesem Bölkerbundsstaat so etwas wie die Niedersschlagung eines Revolkeversuchs. Der Polizeiverwaltung war die sichere Runde davon geworden, daß Polizeiorgane unter Führung des Emigrantenkommissars Machts einen Putschversuch beabsichtigen würden. Der Chef der Polizei, Hensnessen, griff rasch zu und setzt die Leute in einer Kaserne in Schuthaft..."

Ein Vergleich der verschiedenen Meldungen, die später noch ergänzt wurden durch die Nachrichten von der Verhaftung gewisser Polizeibeamter und von der Flucht Machts, zeigt die auffallende Tendenz der Havasnachrichten, den Zwischenfall auf das Verschulden eines nationalsozialistischen Polizeiossiziers zurückzusühren (a) und ihn als ziemlich harmlose Bagatelle darzustellen (a und b), während tatsächlich irgend ein Handstreich der Emigrantenpolizisten geplant gewesen sein mußte. Der englische Polizeisommandant im Saargediet, Hennessen, erhebt sogar gegen den französischen Direktor des Innern und Mitglied der Regierungskommission, Heimsburger, den Borwurf, in einen Putsch verwickelt gewesen zu sein, was sich zweisellosauf diesen Polizeiputsch vom 15. Januar bezieht. Diese Haltung von Havas bei diesem Polizeiputsch ist übrigens nur ein kleiner Ausschnitt aus der Haltung in der Saarfrage überhaupt, die natürlich ausgesprochen gegen die Deutsche Front und für die marristische Einheitsfront gerichtet war.

II. Das zweite Beispiel betrifft die Wiedergabe eines Artikels des früheren britischen Schapkanzlers Lord Snowden im "Sundah Dispatch".

a) Habas (Schweizerische Depeschenagentur). London, 28. Januar.

"Der frühere Schatkanzler Biscount Snowben veröffentlicht im "Sundah Dispatch" unter der Aberschrift "Wir müssen rüsten" einen Artikel, in dem er die Abrüstungspolitik als eine Heuchelei bezeichnet.

Snowden führt u. a. aus: "Die drei Jahre dauernde Abrüstungskonferenz hat nur eines bewiesen, nämlich, daß die Mächte nicht abrüsten wollen. Dies ist auch der Fall bei allen Konventionen, die seit dem Kriege abgeschlossen wurden. Der Kelloggpakt ist nur ein Feben Papier, und die zahlreichen re-

gionalen Patte haben nur den Zweck von Militärbündnissen für ein Zusammensgehen der Unterzeichner im Kriegsfalle. Europa ist ein Rest von politischen Intrigen, Eifersüchteleien, Befürchtungen und Haß. In einer solchen Atsmosphäre wäre es Wahnsinn, auf eine Abrüstung ober eine Herabsetzung der Berteidigungskräfte eines Landes zu rechnen."

b) Schweizerischer Pregtelegraph. London, 27. Januar.

"In einem Leitartikel im "Sundah Dispatch" wendet sich der ehemalige Schakkanzler Lord Snowden gegen die Abrüstungsverhandlungen an sich, die, wie er betont, selbst, wenn sie zu einer Verständigung führen sollten, unter den gegenwärtigen Umständen weder den Völkern das Gefühl erhöhter Sichersheit geben, noch die Gefahr eines neuen Krieges abwenden könnten. Um diese Gefahr abzuwenden, müßten die Ursachen, die zu einem neuen Krieg führen würden, beseitigt werden. Solange Nationen unter Ungerechtigkeiten leiden, die ihnen von anderen Nationen aufgezwungen worden sind, werde immer die Gefahr eines Krieges bestehen. Wenn diese Ungerechtigkeiten aber einmal beseitigt seien, könnten die Nationen in Frieden und Freundschaft leben. Dann werde das internationale Vertrauen und die Sicherheit aus leeren Worten zu Tatsachen werden. Eine wirkliche Abrüstung rücke damit in den Bereich der Möglichkeiten."

Havas bringt aus dem Artikel nur diejenigen Stellen, die gegen eine Herabsetzung der Rüstungen unter den jetzigen Umständen sprechen, trot der darin entshaltenen Artik an den Mächten, die nicht abrüsten wollen. Hauptsache ist Havas, daß neuerdings die Unmöglichkeit einer Abrüstung betont werde. Die übrigen weit bedeutungsvolleren Auslassungen über die Revision der Berträge werden von Havas glatt unterschlagen, weil sie eben nicht in die antirevisionistische Tendenz der französischen Diplomatie passen.

III. Das dritte Beispiel endlich betrifft Unruhen in Französisch-Nordafrika zu Beginn bieses Monats.

a) Havas (Schweizerische Depeschenagentur). Paris, 3. Februar.

"Der Innenminister veröffentlicht nachstehende Mitteilung: Am Freitags Abend gegen 20 Uhr ereignete sich in einem Bordell in Sétif ein Zusammensstoß. Ein europäischer Polizist, der sich durch betrunkene und bewaffnete Einsgeborene bedroht fühlte, gab in der Notwehr mehrere Revolverschüsse ab, durch die ein Eingeborener getötet wurde. Da die Eingeborenen glaubten, es handle sich um einen Religionsstreit, zogen sie nach dem Polizeiposten, wo sie allershand Gewalttätigkeiten begingen. Eine kleine Abteilung algerischer Schüßen stellte dann die Ordnung wieder her. Ein Polizist und ein Schüße wurden getötet, während einige andere verletzt wurden. Nach den letzten Melbungen ist die Ruhe wieder zurückgekehrt."

b) Schweizerischer Preßtelegraph. Paris, 2. Februar.

"Blutige Unruhen haben sich in der vergangenen Nacht in der nordsafrikanischen Stadt Sétif (etwa 130 Km. westlich von Constantine) abgespielt. In einem berüchtigten Stadtteil brachen am Freitag-Abend Streitigkeiten zwisschen Eingeborenen und betrunkenen Kolonialsoldaten aus, in deren Verlauf ein Soldat von den zur Wiederherstellung der Ordnung herbeigeeilten Polizeibeamten in Notwehr erschossen wurde. Dies war das Signal zu einem allgemeinen Angriff der Eingeborenenbevölkerung und der Kolonialsoldaten auf die Polizei. Die Beamten mußten sich vor der Abermacht der Angreiser in die Polizeiwache zurückziehen. Die Wache wurde jedoch von den Eingeborenen und den Soldaten gestürmt. Drei Polizisten sielen der erregten Menge in die Hände und wurden von ihr durch Messerstiche und Kevolverschisse niedersgemetzelt. Mehrere Offiziere des elsten Schühenregiments und ein hoher

Polizeioffizier, die einzuschreiten versuchten, mußten vor der Volkswut die Flucht ergreifen. Die Menge, unter die sich mittlerweile immer mehr Einsgeborenensoldaten gemischt hatten, zog darauf durch die Straßen der Stadt, zertrümmerte die Fensterscheiben der jüdischen Geschäfte und zerstörte die Einsrichtungen mehrerer israelitischer Casés. Erst als ein starkes Ausgebot von Truppen, Gendarmerie und Polizei eingesetzt wurde, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Die Zahl der Opfer steht noch nicht fest. Mehrere Rädelssführer der Meuterer wurden verhaftet."

c) Schweizerischer Preßtelegraph. Paris, 7. Februar.

"Wie aus Sétif gemelbet wird, ist im Anschluß an die jüngsten Unsruhen, in deren Berlauf zwei Personen getötet und fünf schwer verletzt wurden, unter den Eingeborenenschützen, die sich zum großen Teil den Meuterern ansgeschlossen hatten, eine Untersuchung durchgeführt worden. 16 Unteroffiziere und Soldaten wurden verhaftet."

Auch hier zeigt sich wieder in der Havasmelbung, die sich beschränkt auf die Mitteilung des amtlichen Berichtes des Innenministers, die Tendenz, Dinge, die der französischen Regierung unangenehm sind, zu bagatellisieren oder überhaupt zu unterschlagen. So ist im amtlichen Havasbericht kein Wort zu finden über die Meusterei der Eingeborenensoldaten!

In allen drei Beispielen zeigt sich nun Havas nicht in seiner eigentlichen Rolle mit Abertreibungen, sondern im Gegenteil mit ber Tendenz, die Bedeutung ber Creigniffe berabzuseben, fofern fie für Frankreich ungunftig find, ober gewise Dinge überhaupt bem Bublitum glatt vorzuenthalten. Beiden Arbeitsarten von havas ift aber gemeinsam, daß die Meldungen ftark tendenziös gefärbt find und jeder Objektivität entbehren. Im Falle des Polizeiputsches von Saarbrücken war bie Schweizerische Depeschenagentur nicht auf havas allein angewiesen, sondern erhielt auch Meldungen aus anderer Quelle, sodaß in diesem Falle beide Darftellungen auch in der Schweizerischen Depeschenagentur zur Geltung famen. In ben beiden andern Fällen aber wie überhaupt fast in allen Fällen kann die Schweizerische Depeschenagentur nur die einseitig gefärbte Havasmelbung bringen, sobaß bann biese einseitigen Darftellungen auch in einen großen Teil ber ichweizerischen Blätter gelangen. Das ist umso bedauerlicher, als die Schweizerische Depeschenagentur 1895 gerade auch beshalb von den schweizerischen Zeitungen gegründet wurde, um "die zunehmende Beeinfluffung der ichweizerischen Offentlichkeit burch ausländische Nachrichtenagenturen aufzuhalten, resp. zu beseitigen"2). Statt daß nun wie früher diese ausländischen Agenturen die Zeitungen direkt beliefern, geschieht dies heute auf dem Umweg durch die Depeschenagentur, die mit den großen ausländischen Agenturen verbunden ist, insbesondere mit Havas, sodaß nach wie vor unsere Presse in weitem Maße abhängig ist von biesen ausländischen Nachrichtenburos. Wenn heute die schweizerische Offentlichkeit und die Mehrzahl ber Beitungen in außenpolitischen Fragen ganz einseitig eingestellt sind, so trägt baran bie Agentur Havas einen beträchtlichen Teil der Schuld.

2) Dr. R. Lüdi, Die schweizerische Depeschenagentur. Oftober 1934. Gottfried Zeugin.

Versöhnlicher Schluß.

Es ist tein Scherz, sondern Tatsache, daß: "Paris Soir" schreibt:

LES CHAMPIONNATS DU MONDE à DAVOS. Davos, 19 Janvier 1935 (par téléph.) En relevant ce matin les rideaux de leurs compartiments de sleeping, les hommes de l'équipe de France eurent comme un éblouissement. Au soleil brillait

une neige immaculée, une neige de conte de fée, piquée ici et là de ces petites maisons montagnardes aux toits battant de l'aile. Le Wallenstadt dressait à l'horizon sa masse imposante. Le train continue sa course. On longe le lac de Zurich que domine le Töti puis celui de Thoune et le Kurfusten apparut, première cime de cette chaîne des Grisons qui annonçait la vallée de l'Engadine d'où, après avoir passée à Landquart on s'éleva par le funiculaire à cremaillère vers Davos.

"D daß dem Menschen nichts Bolltommenes wird . . . ".

Sp.

Bücher Kundschau

Schweizerische Selbstbesinnung.

Max Suber, Grundlagen nationaler Gr= neuerung: Bom Befen und Sinn des schweizerischen Staates. Evangelium und nationale Bewegung. Berlag Shultheß & Co., Zürich.

Gonzague de Rennold, Die Schweiz im Rampf um ihre Exiftenz. Bita Rova

Berlag, Luzern.

Es ist bezeichnend für die Situation unseres Baterlandes, daß die grundsätz liche Befinnung über feine Butunft gusehends an Boden gewinnt. Das war noch jedesmal der Fall, wenn die politische ober die geistige Weltlage ben Sinn un= seres 650 jährigen Staatsgebäudes in Frage stellte. Wir sprechen in solchen Fällen von Systemkrisen. Daß wir heute abermals in einer solchen stehen, wer wollte das bestreiten? Und wenn im Augenblick auch der Totalrevisionssturm wieder verebbt ist, so sind doch die Fragen von europäischem Ausmaß: Liberalismus und Sozialismus, Autorität und Freiheit, Demokratie und Führertum einmal gestellt und innerhalb wie hinter allen politischen Einzelproblemen wirksam.

Im allgemeinen liebt der Schweizer grundsätliche Besinnung nicht besonders, weil er immer befürchtet, daß baraus blutleere Programmatik werde, die der Welt der Tatsachen nicht standhält. Aber bas ist nicht ihr Sinn. Sie hat es vielmehr ftets zu tun mit ben großen geiftigen Gesetzen, benen die Wirklichkeit bes Gemeinwesens entspricht ober benen sie widerspricht, und hat es zu tun mit ber großen Lebenslinie unseres Bolles und Staates, wie fie fich in ber Beschichte ausprägt und Ausfunft gibt über Eigentumlichkeiten bes politischen Organismus, die nicht verlett werden burfen, ohne daß bas Bange Schaben nimmt.

Jebe ehrliche Besinnung ist getragen von den Grundkräften, die heute um die Form des Vaterlandes ringen. Von hier aus gesehen sind zwei kürzlich erschienene Schriften von Bedeutung. Es handelt sich um die Drudlegung ber beiden Borträge von Max Suber, "Bom Wesen und Sinn bes schweizerischen Staates", gehalten am 19. Februar 1934 in der Aula ber Universität Zürich, und "Evan = gelium und nationale Be= wegung", gehalten am 14. März 1934 an der driftlichen Studentenkonferenz in Marau, sowie um eine Schrift von Gonzague de Rennold, "Die Schweiz im Rampf um ihre

Eristeng".

In beiben Fällen handelt es sich um Außerungen konservativen Geistes, ohne baß sie sich in ihren letten Begrun-bungen bectten. Beibe sind im engeren Sinn Außerungen driftlichen Beiftes; insofern richten sie sich an einem letten Beziehungspunkt aus. Beide glauben nur an eine Politik, die sich an der Geschichte und an der Wirklichkeit bes Volkes orientiert. Beibe sehen — barin einander ähnlich — den "mittelalterlichen Stil" bes schweizerischen Staatsbaues, beide berühren sich weitgehend in ihrer Grundauffassung vom Wesen der Schweiz, das für sie untrennbar mit der kommunalen Freiheit und der föderativen Struktur berknüpft ift und in seiner Tendenz Berschiedenheiten von Rultur, Rasse, Sprache zu überwinden, seit jeher universalistische Züge trägt. Beide gelangen zur überzeugung, daß es für uns nur dann eine Lösung aus der Krise gibt, wenn unser Bolt sich wieder auf seine eigentliche Aufgabe befinnt. Beide find endlich von gemeinsamer Sorge getrieben, und zwar nicht